

Die Union und der Lobbyismus

Was ist die Aserbaidsschan-Connection? Und wer machte da mit?

Unionsabgeordnete wurden durch ihren Einsatz für Aserbaidsschan zu einem Problem für ihre Parteien. Wie die Geschichte der aserbaidsschanischen Einflussnahme in Deutschland und Europa begann – eine Rekonstruktion.

Von REINHARD VESER



© dpa

Der aserbaidsschanische Präsident Ilham Aliyev (Mitte), seine Frau Mehriban Aliyeva (rechts), Vizepräsidentin von Aserbaidsschan, und ihre gemeinsame Tochter Leyla Aliyeva

Im Sommer 2006 wurde die fast 1800 Kilometer lange Ölpipeline in Betrieb genommen, die von Baku über Tiflis in den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan führt. Für Aserbaidsschan war das ein lange ersehnter Wendepunkt in seiner kurzen Geschichte als unabhängiger Staat: Damit konnte das Öl aus seinen reichen Vorkommen endlich auf die Weltmärkte gelangen. Schon allein die Aussicht auf diesen Moment hatte in den Jahren zuvor das Land verändert, das nach dem Ende der Sowjetunion vollkommen am Boden gelegen hatte.

Aserbaidsschans Unabhängigkeit hatte mit einer Niederlage begonnen, die in der ganzen, sonst zwischen politischen Lagern zerrissenen aserbaidsschanischen Gesellschaft als schwere Demütigung empfunden wurde – dem verlorenen Krieg mit Armenien um Nagornyj Karabach. Ein Teil des Landes stand danach unter fremder Kontrolle, etwa eine halbe Million Vertriebene hausten unter elenden Bedingungen in Lagern, Bauruinen, Wohnheimen, die Wirtschaft war im freien Fall.

Der Beginn einer Geschichte des Werbens

Das Öl brachte ab 2006 sehr viel Geld ins Land. In Baku war das schon rasch zu sehen. Und das Öl und die Aussicht auf die baldige Ausbeutung großer Gasfelder konnten noch mehr: Sie

verschafften Aserbaidsschan einen Platz auf der mentalen Landkarte vieler europäischer Politiker. Denn die EU war sich damals gerade durch den ersten russisch-ukrainischen Gasstreit schmerzlich ihrer Abhängigkeit von Russland bewusst geworden. Aserbaidsschan versprach, zur Diversifizierung der Energieversorgung der EU beizutragen.

Etwa in dieser Zeit nahm jene Geschichte ihren Anfang, wegen der heute in der CDU viele nervös werden, sobald die Rede von Aserbaidsschan oder Baku ist. Der aserbaidsschanische Präsident Ilham Alijew, der das Amt 2003 von seinem Vater geerbt hatte, wollte die neuen finanziellen Möglichkeiten seines Landes nutzen, um sich in Europa Ansehen, Gehör und Einfluss zu verschaffen.

Ein Teil dieses Werbens geschah ganz offen. Ab 2006 entstanden in verschiedenen europäischen Ländern Organisationen, die sich als Teil der Zivilgesellschaft darstellten, mit viel Geld ausgestattet waren und auf Politiker, Journalisten und Kulturschaffende zuzugingen. Sie veranstalteten Konferenzen, Wirtschaftstage und Konzerte, luden zu Reisen nach Aserbaidsschan ein. Es wurden Organisationen wie das Deutsch-Aserbaidsschanische Forum gegründet, in dem Manager, Politiker, Wissenschaftler aus beiden Ländern zusammenkamen. Der staatliche Ölkonzern Socar bot sich allerlei kulturellen und sportlichen Initiativen als Sponsor an.

Aserbaidsschan hatte ein Imageproblem

Zunächst ließen sich diese Bemühungen ganz gut an. In Deutschland konnte Baku zwei gut vernetzte ehemalige Politiker aus der Union für sich gewinnen: den ehemaligen Staatssekretär im Bundesinnenministerium Eduard Lintner von der CSU, der nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 2009 eine Firma namens „Gesellschaft zur Förderung der deutsch-aserbaidsschanischen Beziehungen“ gründete. Und Otto Hauser von der damals noch einflussreichen baden-württembergischen CDU, den letzten Regierungssprecher von Bundeskanzler Helmut Kohl. Er eröffnete 2010 in Stuttgart ein Honorarkonsulat Aserbaidsschans.

Dem Chef einer in London beheimateten Organisation namens „The European Azerbaijan Society“, kurz TEAS, mit Filialen in Berlin, Paris und Brüssel gelang es, gute Beziehungen zu Philipp Mißfelder zu knüpfen – damals Vorsitzender der Jungen Union, außenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag und in den Augen vieler Beobachter und Parteifreunde einer der kommenden Stars der deutschen Politik.

TEAS-Chef Tale Heydarov, der Sohn eines einflussreichen aserbaidsschanischen Ministers, durfte im Oktober 2010 auf dem Deutschland-Tag der JU in Potsdam sprechen, wo er Mißfelder zur Wiederwahl gratulierte und für engere Beziehungen zwischen Deutschland und Aserbaidsschan sowie zwischen der JU und seiner Organisation warb.



© Getty

Das Kloster Dadivank in Nagornyj Karabach

Aber Aserbaidtschan hatte ein Imageproblem – und mehr als nur das. Menschenrechtsorganisationen fanden mit Berichten über politische Gefangene, drangsalierte Oppositionsparteien, verprügelte Journalisten und gefälschte Wahlen in der Öffentlichkeit mehr Gehör als Lobbyisten, die Aserbaidtschan als modernes, weltoffenes und westliches Land auf dem Weg zur Demokratie porträtieren wollten. Daher stießen die freundlichen Avancen rasch an Grenzen. Als das „Azerbaijan Student Network“ im Herbst 2012 als Sponsor den Landtag der Jungen Union in Baden-Württemberg fördern wollte, zwang die Mutterpartei den damaligen JU-Landeschef Nikolas Löbel, das Geld zurückzuzahlen. Die CDU fürchtete einen schweren Rufschaden.

Und nicht nur politische Parteien wiesen aserbaidtschanisches Geld zurück: Als der Bürgermeister von Oppenheim in Rheinland-Pfalz und SPD-Bundestagsabgeordnete Marcus Held 2014 dem Sportverein des kleinen Örtchens Dexheim eine Spende des Ölkonzerns Socar vermitteln wollte, lehnte die Vereinsführung ab. Lieber sammelten die Sportler weiter mühsam Kleinspenden für den neuen Rasen ihres Platzes.

Bakus nimmt Einfluss im Europarat

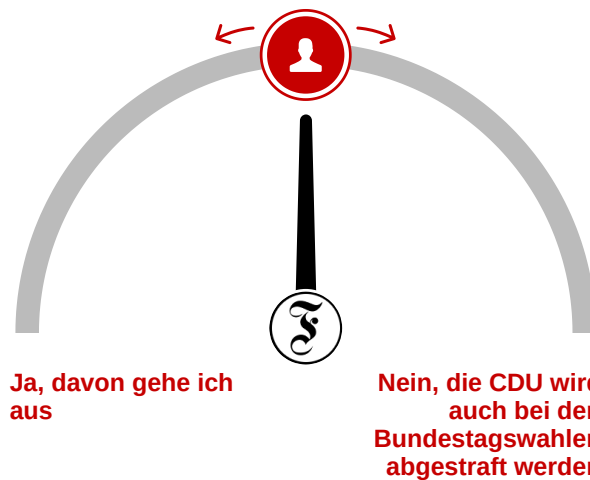
Der Versuch des aserbaidtschanischen Regimes, diesem Problem entgegenzuwirken, führt nach Straßburg – und zur dunklen Seite seines Strebens nach Einfluss in Europa. In Straßburg ist der Sitz des Europarats, einer 1949 gegründeten Staatenorganisation, die sich als Club von Demokratien versteht und ihre wesentliche Aufgabe darin sieht, die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in ihren Mitgliedstaaten zu überwachen.

Aserbaidtschan war trotz vieler Bedenken 2001 aufgenommen worden. Es hatte diese Mitgliedschaft als Prestigegewinn angestrebt, haderte aber praktisch von seinem Beitritt an damit. Denn in den regelmäßigen Berichten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats über die Lage in Aserbaidtschan wurde anfangs ein ungeschöntes Bild von der Menschenrechtssituation im Land dargestellt. Die Berichte klangen so ähnlich wie die Anklagen nichtstaatlicher Menschenrechtsorganisationen, hatten aber ein amtliches Siegel.

Um externe Multimedia-Inhalte sehen zu können, ist einmalig Ihre Zustimmung erforderlich. Bitte beachten Sie unsere Informationen, auch zu eingesetzten Cookies und Ihren Wahlmöglichkeiten, in unserer Datenschutzerklärung.

LIVE ABSTIMMUNG ● 4.781 MAL ABGESTIMMT

Wird sich die CDU vor den Bundestagswahlen stabilisieren?



Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Schon früh versuchte die aserbaidsschanische Delegation in der Parlamentarischen Versammlung, Einfluss darauf zu nehmen, welche Abgeordneten zu Berichterstattern für Aserbaidsschan bestimmt wurden. Und viele Indizien sprechen dafür, dass Aserbaidsschan etwa zu der Zeit, zu der dank der Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan Geld in das Land zu fließen begann, vom normalen Werben für Mehrheiten dazu überging, Stimmen zu kaufen.

Erstmals öffentlich wurde das 2012 durch einen „Kaviar-Diplomatie“ betitelten Bericht des Think Tanks „European Stability Initiative“. Darin wurde auf der Grundlage von anonymen aserbaidsschanischen Insider-Berichten und einer minutiösen Nachzeichnung von Entscheidungsprozessen in der Parlamentarischen Versammlung gezeigt, wie Aserbaidsschan mit kostbaren Geschenken, Einladungen, Urlaubsreisen und anderen Vergünstigungen ein Netz von Parteigängern aus EU-Mitgliedstaaten aufgebaut hatte, die nach und nach in Straßburg in die entscheidenden Positionen rückten.

Kampagne aus Intrigen und Verleumdungen

Auf dem Höhepunkt des aserbaidsschanischen Einflusses im Europarat stellte diese Seilschaft den Vorsitzenden der Versammlung, eine Mehrheit in ihrem Präsidium und mehrere Fraktionsvorsitzende. Diese Internationale der Käuflichkeit beschränkte sich nicht auf ein politisches Lager. In ihr fanden spanische, italienische und deutsche Christdemokraten, belgische, französische und britische Liberale, polnische Sozialisten und viele andere zusammen.

Aus Deutschland gehörte zu ihr der Karlsruher CDU-Abgeordnete Axel Fischer, gegen den die Münchner Generalstaatsanwaltschaft seit Anfang März wegen des Verdachts ermittelt, er habe gegen Geld dazu beigetragen, Entscheidungen im Sinne Aserbaidsschans herbeizuführen. Fischer war zu unterschiedlichen Zeiten Leiter der deutschen Delegation, Vorsitzender der christlich-demokratischen EVP-Fraktion und stellvertretender Präsident der Versammlung. Gegen die vor einer Woche verstorbene CDU-Politikerin Karin Strenz aus

Mecklenburg-Vorpommern hatte die Frankfurter Staatsanwaltschaft schon vor einem Jahr wegen ähnlicher Vorwürfe wie gegen Fischer zu ermitteln begonnen.



**F.A.Z. Frühdenker –
Der Newsletter für Deutschland**

Jeden Morgen sorgfältig ausgewählt und kompetent
eingearbeitet. Die bedeutenden Ereignisse und
Entwicklungen in Deutschland und der Welt.

JETZT ANMELDEN

Wo positive Anreize allein nicht reichten, griff das aserbaidtschanische Regime auch zu anderen Mitteln. Nachdem der SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Strässer 2009 gegen den Willen der Aserbaidtschan-Connection beauftragt worden war, einen Bericht über die Lage politischer Gefangener zu verfassen, wurde eine Kampagne aus Intrigen und Verleumdungen gegen ihn losgetreten. Als er sich nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 2017 daran erinnerte, sprach er von „KGB-Methoden“ – was naheliegt, weil unter seinen Gegenspielern aus Aserbaidtschan tatsächlich frühere Agenten des sowjetischen Geheimdienstes waren.

In aserbaidtschanischen Medien wurden frei erfundene Behauptungen über Strässer aufgestellt, die dann in der Parlamentarischen Versammlung von Abgeordneten wiederholt wurden, es gab Verleumdungen bis in sein privates Umfeld hinein, Einschüchterungsversuche. „Das hat mein Bewusstsein dafür geschärft, was die Regimekritiker in Aserbaidtschan aushalten müssen“, sagte Strässer.

Strässers Bericht über die politischen Gefangenen wurde in der Parlamentarischen Versammlung Anfang 2013 abgelehnt. Der italienische Christdemokrat Luca Volontè, der dabei als Vorsitzender der EVP-Fraktion im Hintergrund die Fäden gezogen hatte, ist im Januar dieses Jahres in Mailand in erster Instanz zu vier Jahren Haft verurteilt worden: Er hatte für seine Dienste aus Aserbaidtschan auf verschlungenen Wegen insgesamt etwa 2,4 Millionen Euro erhalten.

Kurzfristig brachte die Ablehnung des Strässer-Berichts dem aserbaidsschanischen Regime ein paar schöne Propaganda-Erfolge. So zum Beispiel, als Präsident Ilham Alijew kurz darauf während eines Besuchs bei der Nato in Brüssel nach politischen Gefangenen in seinem Land befragt wurde: Die gebe es nicht, antwortete er, das sei gerade vom Europarat bestätigt worden.

Die Werbe-Offensive war zunichte gemacht

Die aserbaidsschanische Werbe-Offensive war dennoch zunichte gemacht, als die Versuche, den Europarat zu korrumpieren, ein paar Jahre später aufgedeckt wurden. Viele der Organisationen, die offen für Bakus Politik warben, schiefen ein, weil sie ihre Ziele nicht mehr erreichen konnten. Die Londoner Zentrale von The European Azerbaijan Society, die einst den inzwischen verstorbenen JU-Vorsitzenden Philipp Mißfelder umgarnte, wurde 2018 aufgelöst. Ihr deutscher Ableger wurde laut Firmendatenbanken voriges Jahr in Oaktree Berlin GmbH umbenannt.

Auf der Website der Studentenorganisation, die vor neun Jahren einen Landestag der Jungen Union in Baden-Württemberg fördern wollte, stammen die neuesten Einträge von April 2020; darin wird Studenten der Rat gegeben, ihre Studienarbeiten von kompetenten Dienstleistern schreiben zu lassen.

Was in Deutschland von der einstigen PR-Offensive Aserbaidsschans geblieben ist, ist jene Gruppe von Bundestagsabgeordneten überwiegend aus den Unionsparteien, die sich in all den Jahren weiter regelmäßig gegenüber aserbaidsschanischen Medien im Sinne des Regimes äußerten, Anfragen an die Bundesregierung stellten, Wirtschaftstage organisierten und hin und wieder mit unklarem politischen Ziel nach Baku gereist sind.

Bis zu den Ermittlungen gegen Axel Fischer und zum Beginn der Maskenaffäre wenige Tage darauf ist das von einer breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden. Nun sind diese Abgeordneten wegen ihres Engagements für Aserbaidsschan für ihre Parteien zu einem Problem geworden. Oder ist es umgekehrt – waren sie offen für das Werben aus Baku, weil sie ohnehin eine Neigung zu Geschäften haben, die in den Augen der Bürger ein Problem sind?

Die Maskengeschäfte der CDU-Abgeordneten Nikolas Löbel und Mark Hauptmann haben mit Aserbaidsschan nichts zu tun. Und der SPD-Mann Marcus Held, der einst einen Sportplatz durch Aserbaidsschans Ölkonzern Socar finanzieren lassen wollte, steht in Mainz wegen Bestechung, Bestechlichkeit, Betrug und Untreue in seinem einstigen Amt als Bürgermeister von Oppenheim vor Gericht.

Dem aserbaidsschanischen Herrscher Ilham Alijew dürfte das Schicksal dieser Männer gleichgültig sein. Er braucht sie nicht mehr. Ein zentrales Ziel seiner Einflusspolitik war es immer, nach dem verlorenen Krieg um Nagornyj Karabach in Europa die Propaganda-Schlacht um die Deutung dieses Konfliktes zu gewinnen. Aber mit dem Ölgeld hat Aserbaidsschan nicht nur Abgeordnete gekauft, sondern in viel größerem Stile auch Waffen. Mit der Begründung, die internationale Gemeinschaft habe nichts unternommen, hat Alijew im vorigen Herbst einen neuen Krieg um Karabach begonnen, aus dem sein Land als Sieger hervorging.

Quelle: F.A.S.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2021
Alle Rechte vorbehalten.